informationen der Mobilen Beratung für Opfer rechter Gewalt

Nummer 43 | Herbst 2013

Solidarität mit Flüchtlingskämpfen

Seite 3: Gerichtsverhandlung nach rassistischem Angriff auf Eisleber Wiese

Seite 4: „Täter-Opfer-Umkehr“ am Amtsgericht Stendal

Seite 6: Interview mit Touré Dramane aus Wittenberg über Flüchtlingsproteste in Anhalt-Bitterfeld

Seite 9: „Gekommen, um zu bleiben“ - Das Protestcamp der Flüchtlinge in Bitterfeld

Seite 10: Protestaktion gegen "Racial Profiling" gestartet

Seite 12: Lesetipp: 15 Jahre Opferperspektive/ Tipp: Neue Möglichkeiten am Arbeitsmarkt

▶ beraten ◀ ▲ unterstützen ▲ intervenieren ▶▶

WWW.MOBILE-OPFERBERATUNG.DE

Liebe Leser_innen, liebe Freund_innen,

mit selbstorganisierten Protestmärschen und -camps, Hungerstreiks oder Besetzungen kämpfen Flüchtlinge seit Monaten vielerorts in Deutschland für bessere Lebensbedingungen und artikulieren laut und deutlich ihre Forderungen: Anerkennung ihrer Asylanträge, die dezentrale Unterbringung in Wohnungen, ein Recht auf Bewegungsfreiheit, einen gleichberechtigten Arbeitsmarktzugang und eine adäquate medizinische Versorgung. Diese Kämpfe sind eine Antwort auf eklatante Missstände des institutionellen und alltäglichen Rassismus in Deutschland. Auch die sogenannte Aufarbeitung der NSU-Morde hat daran nur wenig geändert. Vor allem Flüchtlinge werden weiterhin entrechtet und entmündigt: In Bayern beispielsweise bekommen Asylsuchende kein Geld für Lebensmittel ausgezahlt, sondern lediglich Essenspakete. In Würzburg begannen die Flüchtlingsproteste Anfang 2012, nachdem sich ein 29-jähriger Iraner in einer Gemeinschaftsunterkunft das Leben genommen hatte. Im Juni traten rund 50 Flüchtlinge in der Münchner Innenstadt in einen fünftägigen Hunger- und Durststreik. ■ Aber auch in Berlin, wo Flüchtlinge nach bundesweiten Protestmärschen seit über einem Jahr den Oranienplatz besetzt halten oder in Bitterfeld (Sachsen-Anhalt) gibt es anhaltenden Widerstand gegen menschenunwürdige Lebensbedingungen und die bundesdeutsche Abschottungs- und Abschreckungspolitik. Das Flüchtlingsdrama vor Lampedusa Anfang Oktober, bei dem etwa 300 Menschen starben, ist eine der katastrophalen Folgen dieser Politik. ■ Auch wenn die protestierenden Flüchtlinge mittlerweile gut vernetzt sind und über soziale Netzwerke im Internet eine größere Öffentlichkeit erreichen, fehlt oft eine breite Solidarisierung vor Ort. Die offensiv vorgetragenen Forderungen stoßen bei politisch Verantwortlichen und Einwohner_innen zumeist auf Ignoranz, Verharmlosung, Untätigkeit und Hinhaltetaktiken bis hin zu offen rassistischen Attacken. ■ Auch mehrten sich in den vergangenen Monaten bundesweit rassistische Mobilisierungen gegen Flüchtlingsheime, wie in Berlin-Hellersdorf. Zugenommen haben auch populistische Statements politisch Verantwortlicher, in denen Flüchtlinge als „nicht anpassungsfähig" abgewertet und Flüchtlingszahlen als „alarmierend" bezeichnet werden, konstatiert der von 180 Prominenten aus Kirchen, Politik, Gewerkschaften und Wissenschaft unterstützte Appell „Rassistische Kampagnen gegen Flüchtlinge entgegentreten!".

Wir stellen deshalb in dieser Schwerpunktausgabe die Lebensbedingungen von Flüchtlingen und die Proteste in Sachsen-Anhalt in den Mittelpunkt. Und hoffen auf Ihre und Eure praktische Solidarität mit den anhaltenden Flüchtlingskämpfen!

Das Team der Mobilen Opferberatung

Die **informationen** der Mobilen Beratung für Opfer rechter Gewalt erscheinen vier Mal im Jahr und werden kostenlos verschickt. Die **informationen** können auch per Email bezogen werden. Wenn ihr/Sie die **informationen** bislang nicht direkt zugeschickt bekommen habt oder weitere Exemplare erhalten möchtet, bitte eine Rückmeldung geben an die unten genannte Adresse. Wir nehmen euch/Sie dann in den Verteiler auf.

IMPRESSUM

Herausgeberin: Mobile Beratung für Opfer rechter Gewalt
Erich-Weinert-Str. 30, 39104 Magdeburg
opferberatung.mitte@miteinander-ev.de
www.mobile-opferberatung.de
Redaktion: Zissi Sauermann (V.i.S.d.P.), Haidy Damm
Gestaltung: krannich | typo Druck: Druckzuck (Halle / Saale)
Titelfoto: Non-Citizens Demonstration, 22. Juni München / http://anetz.org

Mobile Beratung für Opfer rechter Gewalt

getragen von:

Miteinander
Netzwerk für Demokratie und Weltoffenheit in Sachsen-Anhalt e.V.

gefördert im Rahmen des Bundesprogramms »TOLERANZ FÖRDERN – KOMPETENZ STÄRKEN« und mit Mitteln des Landes Sachsen-Anhalt

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

TOLERANZ FÖRDERN KOMPETENZ STÄRKEN

SACHSEN-ANHALT Ministerium für Arbeit und Soziales

SACHSEN-ANHALT Landeszentrale für politische Bildung

VOR GERICHT I:

VERHANDLUNG NACH RASSISTISCHEM ANGRIFF AUF EISLEBER WIESE

Zum Prozessbeginn Ende Juni 2013 waren die schlaflosen Nächte und die Anspannung Rana C.* und ihren Eltern deutlich anzusehen. Das erste Mal nach den traumatischen Ereignissen vor mehr als einem Jahr sollte die Familie am Landgericht Halle erneut auf ihre Peiniger treffen.

Demgegenüber stellten sich die selbstsicher auftretenden Angeklagten aus Eisleben und Apola, denen lediglich gefährliche Körperverletzung vorgeworfen wird, in ihren Einlassungen als Opfer dar. So sei der heute 20-jährige Eric S. zuvor von „ausländischen Mitbürgern" zusammengeschlagen worden und deshalb auf einen der Nebenkläger losgegangen. Mit einer „ausländerfeindlichen Motivation" hätte der Angriff laut seines Verteidigers Christian Stünkel nichts zu tun. Der heute 25-jährige Ronny G. und der 32-jährige Marcel H. wollten laut G. „nur schlichten". Den Totschläger habe er nur als Drohung gezogen. Und das „Combat 18"-Shirt mit der Aufschrift „Time to talk is over, time to act is now", das er an dem Tag trug, habe er vor Jahren gekauft. Damals sei er auch noch auf rechte Demos gegangen, aber das sei lange her.

„WIR HATTEN ANGST UM UNSER LEBEN"

Die Aussagen der sechs Betroffenen hingegen zeichnen ein anderes Bild vom Nachmittag des 29. April 2012. Es sei der Tag nach seiner Verlobungsfeier gewesen, beginnt der heute 33-jährige Manar A. seine Aussage, „der vielleicht schönste Tag meines Lebens". Auf der Eisleber Wiese wollte das Paar gemeinsam mit Familie und Freunden das Fest ausklingen lassen. Der 33-Jährige beschreibt, wie er plötzlich von hinten angetippt wird, einen massiven Schlag im Gesicht verspürt und zu Boden geht. Dann hätten der Angreifer – den er vor Gericht in Eric S. wiedererkennt – und eine zweite Person massiv auf ihn eingeschlagen: „Ich hatte das Gefühl, ich werde totgeschlagen!"

Rana C., die danach aussagt, beschreibt, wie der Angreifer immer wieder mit einem Schlagring auf den Kopf ihres Verlobten einschlug. Das viele Blut hat die heute 23-Jährige immer noch vor Augen. Nicht vergessen wird sie auch das Gesicht des Mannes, der auf ihre Mutter und sie einschlug, als beide Manar A. zur Hilfe eilten – und zeigt dabei auf Marcel H. Die Angreifer hätten die ganze Zeit „Scheiß Ausländer" und „Macht euch aus unserem Land raus!" geschrien. „Wir hatten Angst um unser Leben", sagt die gelernte Krankenschwester.

GRAVIERENDE FOLGEN

„Es war wie in einem Krieg!", schildert die Mutter Rana C.s, die vor 18 Jahren als politisch Verfolgte aus Syrien nach Deutschland kam und in

EINIGE POLITISCH RECHTS MOTIVIERTE ANGRIFFE AUS DEM SOMMER 2013:

3. JUNI ZEITZ (BURGENLANDKREIS)

In der Nacht beschmieren Unbekannte die Fassade sowie die Jalousie eines Dönerimbiss großflächig mit blauer Farbe, unter anderem mit einem Hakenkreuz. Zudem versuchen sie, eine Bank neben der Eingangstür sowie die Jalousie in Brand zu setzen. Der polizeiliche Staatsschutz ermittelt.

4. JUNI VOCKERODE (WITTENBERG)

Gegen 1:20 Uhr nachts findet ein Zeuge einen 23-jährigen Flüchtling im Eingangsbereich der Asylbewerberunterkunft liegend mit augenscheinlichen Gesichtsverletzungen vor.
Kurz zuvor hatte der Zeuge ein umherfahrendes Auto bemerkt, dessen Insassen lautstark Parolen riefen und hatte die Polizei alarmiert. Noch während des Telefonats beobachtete er zwei Personen, die aus Richtung des Heims kommend in den PKW flüchteten, der mit laufendem Motor am Ende des Wohnblocks wartete. Dann entdeckte er den Verletzten, welcher stationär im Klinikum behandelt werden musste. Der polizeiliche Staatsschutz ermittelt.

9. JUNI
STENDAL

Zwei Monate nach der Verurteilung zweier 26- und 35-jährigen Männer zu Haftstrafen wegen eines massiven rassistischen Angriffs in Stendal, greift ein Bekannter des 35-Jährigen den Betroffenen in einer Kneipe erneut an. Nach wiederholten Kopfabschneide-Gesten in Richtung des 36-Jährigen folgt der Rechte ihm auf die Toilette. Dort beleidigt er den Gebäudereiniger rassistisch, bespuckt ihn und rammt ihm die Schulter gegen die Brust. Dann drückt er ihn gegen die Wand und schlägt ihm gegen den Hinterkopf. Auf die Frage des Betroffenen, warum er das mache, antwortet der Angreifer, er sei wegen der Aussage gegen seinen Bekannten wütend. Erst als weitere Personen hinzukommen, kann der Betroffene die Toilette verlassen. Er wird jedoch von dem Angreifer erneut und mehr als eine Stunde lang massiv beleidigt und bedroht. Ein Gast geht mehrfach dazwischen und verhindert weitere körperliche Gewalt. Ein Türsteher des Lokals lehnt jede Hilfe mit dem Hinweis ab, er habe es nicht besser verdient. Erst nachdem der Angreifer gegangen ist traut sich der Betroffene, das Lokal zu verlassen.

Eisleben eine Heimat gefunden hat, am fünften Verhandlungstag. Bis heute leidet die 39-jährige Kinderbetreuerin, die immer noch arbeitsunfähig ist, unter starken Schmerzen. Die zierliche Frau wurde u.a. in den Rücken getreten und bewusstlos geschlagen. Der Freund der Familie beschreibt, wie sich ein Angreifer auf sie setzte und am Kopf packte. Er habe ihn wegziehen können, dann wurde der heute 44-Jährige selber angegriffen. „Ich dachte, sie ist tot!“, sagt seine Ehefrau und ist sich sicher, dass Marcel H. derjenige war, der ihre beste Freundin angegriffen hatte.

Auch der damals 43-jährige Familienvater stand der Gewalt ohnmächtig gegenüber. Jeder Versuch zu helfen wurde mit einem erneuten Angriff beantwortet. Angst hätte ihm zudem gemacht, dass Umstehende die Angreifer ermutigten. Am Ende will er wenigstens nicht alle entkommen lassen und rennt Eric S. hinterher, bis sein Sohn und endlich auch die Polizei eintreffen.

Bis heute leiden alle Betroffenen an den psychischen Folgen. Der Angriff habe ihnen nicht nur die Heimat genommen, so Rana C. – beide Familien sind aus Angst aus Eisleben weggezogen – sondern auch ihr Vertrauen und ihre Lebensfreude. „Ich will nicht, dass das noch jemand erlebt!“, betont die 23-Jährige.

Der Prozess wird fortgesetzt. Mit einem Urteil wird zu Beginn des kommenden Jahres gerechnet. ■

* Namen der Betroffenen geändert

VOR GERICHT II:

„TÄTER-OPFER-UMKEHR“ AM AMTSGERICHT STENDAL

Ende Juli 2013 verhandelte das Jugendgericht am Amtsgericht Stendal gegen zwei weiße, zur Tatzeit 18- und 30-Jährige, denen die Staatsanwaltschaft Beleidigung und gefährliche Körperverletzung vorwarf. Bei dem Angriff im August 2012 auf fünf nichtweiße Jugendliche in Stendal war ein damals 16-jähriger Schüler erheblich verletzt worden. Nachdem die Staatsanwaltschaft eine Zulassung der Nebenklage abgelehnt hatte und der Richter den Antrag des Betroffenen bis kurz vor Prozessbeginn nicht bearbeitete, konnte der Schüler erst nach Intervention seiner Anwältin als Nebenkläger an der Verhandlung teilnehmen.

RASSISTISCHE HETZJAGD DURCH DIE STADT

Dem Angriff in den Abendstunden des 30. August 2012 unmittelbar vorausgegangen war eine lautstarke Beschimpfungstirade durch einen

30-jährigen Deutschen am Marktplatz. Nachdem die fünf die rassistischen Parolen und Aufforderungen, Deutschland zu verlassen ignorierten, folgte der Mann ihnen und rief Beleidigungen gegen die Mütter der Jugendlichen, wogegen diese sich deutlich verbal zur Wehr setzten.

Währenddessen bemerkten die Jugendlichen, dass etwa 15 weiße junge Männer, die die Auseinandersetzung augenscheinlich beobachtet hatten, zügig und bedrohlich auf sie zukamen. Sie flüchteten, wurden jedoch von der Gruppe verfolgt. Der 16-Jährige wurde schließlich mit einem Auto eingeholt. Der Beifahrer sprang heraus, packte den Schüler von hinten an der Jacke, zog sie ihm über den Kopf und versetzte ihm einen heftigen Fußtritt ins Gesicht. Dann gelang es dem Betroffenen, zum nahegelegenen Polizeirevier zu flüchten, wo er auf seine unverletzten Freunde traf. Er verlor durch den Angriff einen Frontzahn, erlitt einen Nasenbruch, Prellungen sowie eine Gehirnerschütterung und musste zehn Tage im Krankenhaus behandelt werden.

„AUSLÄNDISCHE KULTUR" UND „GESELLSCHAFTSKONFORMITÄT"

Während der Vernehmung des Betroffenen stand für den Richter und die Staatsanwältin zunächst die Frage im Mittelpunkt, ob er und seine Freunde sich „gesellschaftskonform", so der Richter, gegen die rassistischen und anderweitigen Beleidigungen gewehrt oder dabei die „falschen Worte" gewählt hatten. Interesse von Seiten des Gerichts gab es auch daran, ob die Jugendlichen „wie es sich gehört" den Bürgersteig benutzt hätten.

Der Richter bezweifelte zudem aufgrund „des vorrangigen Stellenwerts der Mutter in der ausländischen Kultur", dass Beleidigungen gegen die Mütter der Jugendlichen gefallen seien, ohne dass dieses in der Vernehmung dokumentiert worden sei – obwohl „die", wie er der Nebenklageanwältin erklärte, „doch immer auf das Leben ihrer Mutter schwören". Während er den Nebenkläger, den er irrtümlicherweise für einen gerichtsbekannten Schulschwänzer hielt, kritisch zu dessen Lebensgestaltung befragte, tat er frühere Delikte des Angreifers – unter anderem Brandstiftung – als „Kleinkram" ab.

Der bei Prozessbeginn 19-Jährige wurde wegen Körperverletzung an dem Schüler zu 600 Euro Geldstrafe zugunsten des Nebenklägers verurteilt. Der mittlerweile 31-Jährige erhielt für die auch laut Richter inakzeptablen, rassistischen Beleidigungen eine Einstellung gegen eine Geldstrafe von 300 Euro. In seiner anschließenden Urteilsbegründung stellte der Richter mit Blick auf das Plädoyer der Nebenklage fest, es sei unangemessen, bezüglich der Körperverletzung eine politische Motivation zu unterstellen. Zudem sei Gewalt von „Ausländern gegen Deutsche" in Stendal nahezu alltäglich und ebenso schlimm. Wenn fünf Ausländer in Stendal über den Marktplatz gehen, dann reiche das schon, um so etwas auszulösen. Der Grund dafür sei jedoch „einfach Testosteron". ■

15. JUNI WERNIGERODE (HARZ)

Gegen 23:00 Uhr werden zwei 20- und 21-Jährige auf der Straße von zwei Anwohnern rassistisch beschimpft. Dann greifen die Männer den 21-Jährigen an und verletzen ihn durch Schläge und Tritte. Als die Frau eines Angreifers schlichten will, fällt sie und verletzt sich. Der Betroffene sowie die Frau müssen vor Ort ärztlich behandelt werden. Die Polizei ermittelt gegen einen 35- sowie einen 47-Jährigen wegen Beleidigung und gefährlicher Körperverletzung.

16. JUNI LUTHERSTADT EISLEBEN (MANSFELD SÜDHARZ)

In der Nacht zu Sonntag sind zwei junge Männer gegen 2:30 Uhr auf dem Nachhauseweg von einer Familienfeier, als sie von einem Unbekannten rassistisch beschimpft werden. Dann schlägt der Mann den 18-Jährigen mit einem Baseballschläger und flüchtet anschließend. Der Betroffene muss ambulant behandelt werden. Der Staatsschutz ermittelt.

16. JUNI LUTHERSTADT EISLEBEN (MANSFELD SÜDHARZ)

Am Sonntagabend steht ein aus Bosnien-Herzegowina stammendes Paar vor ihrem Wohnhaus, als ein Nachbar die beiden aus einem Fenster seiner Wohnung rassistisch beschimpft und eine leere Bierflasche in ihre Richtung wirft. Der Staatsschutz ermittelt gegen einen 32-Jährigen wegen versuchter Körperverletzung und Beleidigung.

26. JUNI
BAD LAUCHSTÄDT (SAALEKREIS)

Am Vormittag wird ein 14-jähriger Schüler in der Pause unvermittelt von hinten attakkiert. Ein älterer Mitschüler schlägt den Betroffenen mehrfach mit der Faust und versetzt ihm mehrere Kniestöße, wobei er einzig in sein Gesicht zielt. Bevor der bekennende Rechte von ihm ablässt, droht er dem Betroffenen, so etwas „wie am Wochenende nicht mehr sehen zu wollen". Der Schüler hatte sich am 22. Juni in Merseburg an Protesten gegen eine Neonazidemonstration beteiligt. Er erlitt u.a. Verletzungen an Nase und Lippe. Der polizeiliche Staatsschutz ermittelt.

10. JULI
HALLE (SAALE)

Kurz nach 22 Uhr wird ein 25-Jähriger mit türkischem Hintergrund von einem 34-Jährigen am Betreten eines Wohnhauses gehindert und dabei rassistisch beleidigt. Dann versucht der Mann, den 25-Jährigen mit einer Flasche zu schlagen und hetzt seinen Hund auf ihn. Die Polizei ermittelt wegen versuchter gefährlicher Körperverletzung und Beleidigung.

2. AUGUST
WERNIGERODE (HARZ)

Um die Mittagszeit wird ein Ehepaar vor den Augen etlicher Passant_innen in seinem Imbiss von einem Kunden angegriffen. Der Mann hatte gerade seine Bestellung entgegengenommen und sich einige Meter

„GESETZE FALLEN NICHT VOM HIMMEL, SIE WERDEN GEMACHT!"

Nach dreijährigem Kampf von Betroffenen gegen die unerträglichen Lebensbedingungen in der Flüchtlingsunterkunft in Möhlau (Landkreis Wittenberg) wurde diese im Dezember 2012 geschlossen und die etwa 170 Menschen in einen Plattenbau in Vockerode umverteilt. Damit blieb ihre Forderung nach dezentraler Unterbringung unerfüllt. In der Folge meldete die NPD Infostände im Ort an; Flüchtlinge wurden mehrfach rassistisch beleidigt, bedroht und auch körperlich attackiert. Über die Situation vor Ort und weitergehende Forderungen sprachen wir mit Touré Dramane, Sprecher der Flüchtlingsinitiative Wittenberg.

Wie bewerten Sie die Schließung des Lagers in Möhlau?

Die Schließung war einfach notwendig, denn das Leben für die Flüchtlinge dort war sehr schwierig. Möhlau war das Zentrum ihrer Isolation. Für uns und auch für alle Unterstützer_innen war es ein großer Erfolg, als es endlich geschlossen wurde. Für mich persönlich hatte das Engagement negative Auswirkungen, denn ich habe den ganzen Gegenwind abbekommen, war Repressionen ausgesetzt und der Willkür von Sachbearbeiter_innen. Aber es hat sich trotzdem gelohnt zu kämpfen.

Wie ist die Situation der Flüchtlinge jetzt?

Die Unterkünfte sind besser, aber es ist klar, die hätten wir nicht bekommen, wenn wir nicht vehement dafür gekämpft hätten. Aber die Isolation besteht leider weiter. Vockerode ist ein kleines Dorf, nirgendwo im Ort kann man sich richtig aufhalten. Für größere Einkäufe muss man zehn Kilometer fahren, der Bus fährt aber nur alle zwei bis drei Stunden. Der Landkreis hat empfohlen, das Angebot des Anrufbusses zu nutzen, aber viele Flüchtlinge sprechen nicht fließend deutsch, für sie ist es also schwierig dort anzurufen. Insgesamt wurde das Problem nur an einen anderen Ort verschoben. Die Leute teilen sich zu viert eine Wohnung, meist zu zweit ein Zimmer. Aber jeder Mensch braucht einen Rückzugsort.

Welche Reaktionen auf die Unterbringung gab es in Vockerode?

Für die Einwohner_innen war es anfangs schwierig. Der Landkreis hatte Lokalpolitiker_innen darüber informiert, dass einige Flüchtlinge einziehen werden, aber nicht darüber, dass das gesamte Lager Möhlau umgesiedelt wird. Nach dem Umzug fühlten sich die Einwohner_innen übergangen. Das hat zu negativen Reaktionen geführt. Bei einem Treffen einer Bürgerinitiative am 25. Januar gab es eine Debatte, in deren Verlauf wir aufgefordert wurden, doch nach Afrika zurückzugehen. Nicht alle Leute hier denken so, aber es gibt solche negativen Äußerungen.

Im März 2013 forderte die „Initiative Runder Tisch Möhlau/Vockerode“ in einem offenen Brief an den Landkreis u.a. die dezentrale Unterbringung aller Flüchtlinge in Wohnungen. Ende April tagte der „Runde Tisch gegen Ausländerfeindlichkeit in Sachsen-Anhalt“ in Vockerode. Gibt es seitdem Fortschritte?

Ich habe noch in Möhlau eine Petition gestartet, zwei bis drei Monate vor der Umverteilung, in der die dezentrale Unterbringung gefordert wurde. Sehr viele Flüchtlinge haben unterzeichnet, aber geändert hat es zunächst nichts. Das System der Heime gibt es seit 1992 und daran etwas zu verändern, ist nicht einfach. Hier müssen die Verantwortlichen in den Landkreisen sensibilisiert werden. Jetzt gibt es Äußerungen, dass die Flüchtlinge in Wittenberg dezentral untergebracht werden sollen. Manchmal passiert das auch, aber für uns sind die Kriterien nicht durchschaubar. Wir fordern, dass diejenigen, die schon lange in Lagern leben und durch die Situation traumatisiert sind, als erste in Wohnungen untergebracht werden.

Wie beurteilen Sie angesichts der rassistischen Vorfälle die Sicherheitslage?

Was mir Sorgen macht sind vor allem die Jugendlichen, die meist in die nächst größere Stadt fahren, also nach Dessau, und dann spät abends mit dem Rad zurückfahren. Da kann ihnen alles passieren. Wir sind drei mal Opfer von rassistischen Angriffen geworden. Auch deshalb haben die Jugendlichen und auch ihre Eltern Angst. Dennoch wollen sie nicht den ganzen Tag im Heim bleiben.

Nach den Angriffen haben wir zweimal eine Kundgebung abgehalten, aber da gab es keine Reaktion aus der Bevölkerung. Vereinzelt wurden wir jedoch auf der Straße angesprochen. Es war gut zu sehen, dass es auch Solidarität gibt. Mit der Bürgermeisterin von Vockerode gibt es seitdem etwa einmal im Monat ein Treffen, sie hat immer ein offenes Ohr.

Gab es in diesem Zusammenhang Unterstützung von anderen politisch Verantwortlichen?
Soweit ich weiß, gab es keine Besuche von Politiker_innen, die hierher gekommen sind.

Während des Hochwassers im Juni diesen Jahres haben sich zahlreiche Flüchtlinge an der Sicherung des Ortes beteiligt. Wie waren Ihre Erfahrungen hierbei?

Die Bürgermeisterin hatte uns angesprochen, dass es ein Problem mit Hochwasser gibt. Für uns war klar, dass wir mithelfen. Zunächst sicherten wir die Autobahn zwischen Dessau und Berlin, die durch das Hochwasser abgeschnitten war. Wir haben alle zusammen gearbeitet bis das Wasser zurück ging. Die Flüchtlinge haben dort bemerkenswerte Arbeit

entfernt, als er unvermittelt zu dem Imbisswagen zurückläuft, zwei großflächige Glasscheiben zerstört und dem 47-jährigen Familienvater gegen den Kopf schlägt. Dann fordert der Angreifer den Betroffenen als "Ausländer" auf herauszukommen. Als der sich weigert, dringt der Mann in den Wagen ein und schlägt der Ehefrau gegen den Oberkörper. Durch das Eingreifen von Zeugen kann der Angreifer zum Verlassen des Imbisses bewegt und die Polizei informiert werden. Ein couragierter Zeuge macht Handyfotos von ihm. Als der Angreifer sich entfernt, droht er dem Paar noch, mit Benzin zurückzukehren. Die Polizei trifft erst mehr als eine halbe Stunde später am Tatort ein. Es entsteht ein Sachschaden von ca. 1000 Euro. Durch Zeugenhinweise kann die Polizei in der Folge einen 34-jährigen Tatverdächtigen ermitteln.

24. AUGUST BITTERFELD-WOLFEN (ANHALT-BITTERFELD)

Gegen 6:00 Uhr wird eine Teilnehmerin des Flüchtlings-Protestcamps auf sechs Unbekannte aufmerksam, die darüber sprechen, den Stromgenerator des Camps zu stehlen. Als die Gruppe die Frau bemerkt, wird sie verfolgt und bedroht. Dann beleidigen die Unbekannten Teilnehmer_innen des Camps rassistisch und drohen mit körperlicher Gewalt sowie damit, die Zelte anzuzünden. Auch als alarmierte Polizeibeamte vor Ort eintreffen und Platzverweise erteilen, setzen die Männer ihre Bedrohungen fort und reißen u.a. ein Transparent herunter. Die Betroffenen erstatten Anzeige.

30. AUGUST MAGDEBURG

Gegen 11:00 Uhr ist ein 19-Jähriger mit Nachschub für einen Informationsstand der Linken auf dem Rückweg zum Stand. Plötzlich wird er von der gegenüberliegenden Straßenseite von einem offensichtlichen Rechten als "Scheiß Linker" beleidigt. Unter weiteren Pöbeleien überquert der Mann die Straße, geht direkt auf den 19-Jährigen zu und versetzt ihm einen Faustschlag in den Bauch. Als sich der Antifaschist wehrt, lässt der Angreifer von ihm ab.

30. AUGUST MAGDEBURG

Eine Gruppe von etwa sechs Punks, die am Bahnhofsvorplatz sitzt, wird am späten Abend aus einer etwa 10-köpfigen Gruppe Rechter heraus angegriffen. So zieht einer der Angreifer den Kopf eines auf dem Boden sitzenden 29-Jährigen nach hinten und tritt ihm ins Gesicht. Auch auf einen schlafenden Punk wird eingetreten. Die Betroffenen können entkommen, wobei ein weiterer Punk als „Rote Socke“ beschimpft wird.

8. SEPTEMBER SANDERSDORF-BREHNA (ANHALT-BITTERFELD)

Am Nachmittag wird ein Flüchtling, der gerade mit seinem Fahrrad auf dem Nachhauseweg vom Einkaufen ist, kurz vor seiner Haustür von einem Unbekannten zum An-

geleistet, das hat jeder gemerkt, der dabei war. Wir waren glücklich, weil es reale Solidarität gab, weil zusammengearbeitet wurde. Das war schön zu sehen, viele Deutsche waren sehr offen und dabei haben die Einwohner_innen von Vockerode den sozialen Status der Flüchtlinge mal vergessen. Es gab keine Unterschiede, wir haben zusammen gearbeitet und gegessen, zusammen gelacht. Ich habe davon einige Bilder, die habe ich mir an die Wand geklebt.

Haben sich daraus längerfristig Kontakte entwickelt?

Nein, wir verbringen so wenig Zeit wie möglich in Vockerode, gerade die jungen Leute, was sollen sie den ganzen Tag hier?

In den vergangenen Monaten haben Flüchtlinge und Unterstützer_innen vielerorts in Deutschland gegen Ungleichbehandlung protestiert. Wie beurteilen Sie diese Aktivitäten?

Ich finde es richtig und notwendig. Es gibt sehr viele Kann-Bestimmungen in den Gesetzen, vieles ist uneindeutig. Das beginnt ganz oben mit der Gesetzgebung, dann geht es runter bis in die Kommunen und endet beim Sozialarbeiter vor Ort. Deshalb kommt es darauf an, am richtigen Ort gelandet zu sein. Das kann das totale Leid sein. Manche Landkreise legen die Gesetze sehr strikt aus und dann gibt es Widerstand. Und Gesetze fallen auch nicht vom Himmel, sie werden gemacht.

Zum Beispiel Bitterfeld, dort habe ich die Proteste besucht. Die Situation in den beiden Lagern im Landkreis ist sehr schlimm, die Unterkünfte sind skandalös. Die Bewohner_innen wissen, dass es schwierig ist, für alle Wohnungen zu finden, aber sie fordern ja keine Extravaganz, sondern ein akzeptables Leben. Wenn man dagegen Leute in Massen in Lager steckt, dann hat das irreversible Konsequenzen.

Ich lebe seit über 15 Jahren ohne Papiere und ohne Rechte in Deutschland, ich kann mich noch nicht einmal frei bewegen, und es ist an der Zeit, dass die Politiker_innen etwas verändern. Denn viele Menschen wollen rüber nach Europa, auch wenn sie gar nicht wissen, wie Europa ist. Die europäischen Regierungen dürfen nicht weiter Diktaturen unterstützen, nur weil sie deren Eisen, Erdöl, Diamanten oder Gold haben wollen.

Wie kann man die Proteste am besten unterstützen?

Vor allem zählt die Präsenz in den Lagern und auf den Protestcamps. Einerseits, weil es die Aufmerksamkeit von anderen Deutschen auf sich zieht, andererseits können sie direkt mit den Flüchtlingen in Kontakt kommen und ihre Lebensbedingungen kennenlernen. Diese Erfahrungen kann man dann weiter verbreiten, damit andere merken, dass die Infos, die sie von anderer Seite haben, einfach nicht stimmen. Denn die Wahrheit ist, dass die Geflüchteten leiden.

Vielen Dank für das Gespräch!

VOR ORT:

„GEKOMMEN, UM ZU BLEIBEN" – ABER NICHT SO!

Bereits seit Herbst 2012 protestieren Flüchtlinge, die in den sogenannten Sammelunterkünften Friedersdorf und Marke im Landkreis Anhalt-Bitterfeld leben müssen, gegen die dortigen Zustände. Im Rahmen eines Protestcamps traten Anfang August mehrere Flüchtlinge in den Hungerstreik.

Wenige Tage nachdem drei aus dem Iran geflohene Männer in den Hungerstreik getreten waren, stieg die mediale Aufmerksamkeit – weit über Bitterfeld-Wolfen hinaus. Auch überregionale Medien berichteten über die Flüchtlinge, die sonst abseits der Stadt leben müssen. „Niemand sieht uns", fasste einer der Streikenden die Situation zusammen. Darum waren sie mitten in die Stadt gekommen. Am Rande des Stadtparks in Bitterfeld hatten die Flüchtlinge und einige Unterstützer_innen ein Protestcamp errichtet.

Doch Beachtung oder gar Unterstützung durch Einwohner_innen oder politisch Verantwortliche wurde ihnen kaum zuteil. Wenige Tage nach Beginn des Hungerstreiks trug ein Artikel der Mitteldeutschen Zeitung die passende Überschrift: „Die Unsichtbaren". Die Aggressivität und offene Feindseligkeit ihnen gegenüber wurde allerdings schnell sichtbar. Mehrfach wurden Aktivist_innen und Unterstützer_innen rassistisch beleidigt und bedroht.

KEINE VERBESSERUNGEN

Bereits Ende April hatten die in Friedersdorf lebenden Flüchtlinge gegen die dortigen Lebensumstände protestiert: Etwa 150 Bewohner_innen und Unterstützer_innen blockierten die Zufahrt zum Heim. Neben der Forderung nach dezentraler Unterbringung und Kritik am Asylverfahren ging es dabei um den Heimleiter, dem wiederholte rassistische Äußerungen vorgeworfen wurden, um die baulichen Zustände der Unterkunft sowie die schlechte medizinische Versorgung der Flüchtlinge.

Die Protestierenden erinnerten auch an den am 25. April im Bitterfelder Krankenhaus kurz nach einer Operation gestorbenen Saizon Cosmo. Der in Friedersdorf lebende 33-jährige Flüchtling hatte wiederholt über gesundheitliche Probleme geklagt und war schließlich durch den Rettungsdienst ins Krankenhaus eingeliefert worden.

Um im Krankheitsfall keine langen Wege auf sich nehmen müssen, bevor eine Behandlung möglich ist, fordern die Flüchtlinge, dass ihnen – wie in anderen Landkreisen in Sachsen-Anhalt bereits üblich – vorab für drei Monate gültige Krankenscheine ausgehändigt werden.

halten gezwungen, rassistisch angepöbelt und ins Gesicht geschlagen. Dann versucht der Mann, ihm seinen Einkauf zu entreißen, was ihm aufgrund der Gegenwehr des Betroffenen nicht gelingt. Plötzlich zieht der Angreifer ein Taschenmesser und hält es dem Flüchtlinge an den Hals. Jetzt interveniert ein Hausnachbar und alarmiert die Polizei. Der Betroffene erleidet eine Schwellung am linken Auge. Er erstattet Anzeige.

15. SEPTEMBER HALLE (SAALE)

Nach einem Fußballspiel des VFL Halle 96 und der 2. Mannschaft des Halleschen FC wird eine Gruppe von vier VFL-Fans in der Nähe des Stadions von einem Unbekannten mit Sprüchen wie „Am liebsten würde ich euch Zecken alle umbringen" bedroht. In der Nähe befindliche Polizeibeamte greifen nicht ein. Kurz darauf werden zwei der VFL-Fans von dem Mann und etwa vier weiteren Personen, die sich jetzt in einer etwa 20-köpfigen Gruppe befinden, angegriffen. Ein 24-Jähriger wird mehrfach gegen den Kopf geschlagen. Ein 18-Jähriger erhält mindestens zwei Faustschläge ins Gesicht. Er blutet sofort stark, wird aber weiter geschlagen und getreten. Ein Autofahrer kommt den Betroffenen zu Hilfe, lässt sie einsteigen und fährt sie ins Krankenhaus. Der 18-Jährige erleidet einen Nasenbeinbruch, drei Zähne sind beschädigt. Er muss operiert werden. Der polizeiliche Staatsschutz ermittelt wegen gefährlicher Körperverletzung, Bedrohung und Beleidigung.

15. SEPTEMBER BURGENLANDKREIS

Gegen 18:30 Uhr uriniert ein Mann neben den Imbiss eines 48-jährigen Deutschen indischer Herkunft, während seine Begleiterin im Laden Essen holt. Nachdem der Betreiber sie darauf angesprochen und die Frau den Laden verlassen hat, kommt der Unbekannte herein und droht „Ich mache dich und deinen Imbiss mit Hakenkreuzen kaputt". Gegen 19:15 Uhr kommt er in Begleitung zurück. Das Trio bedroht den Besitzer und seine Mitarbeiter_innen erneut und zerschlägt mehrere zuvor entwendete Flaschen Bier. Als Beamte eintreffen, sind sie bereits geflüchtet. Die Polizei ermittelt wegen Bedrohung und Zechbetrugs.

21. SEPTEMBER BERNBURG (SALZLANDKREIS)

Gegen 21:20 Uhr wird der 34-jährige Besitzer eines türkischen Imbisses im Bahnhof unvermittelt aus einer Gruppe Neonazis rassistisch beschimpft und brutal attackiert. Vergeblich versucht seine Freundin, dazwischen zu gehen und muss mit ansehen, wie weiter auf den bereits am Boden liegenden 34-Jährigen eingetreten wird. Noch in Tatortnähe nimmt die Polizei neun Verdächtige vorläufig fest. Der Betroffene muss notoperiert und ins künstliche Koma versetzt werden. Das Amtsgericht Bernburg erlässt Haftbefehle gegen drei Männer aus Schönebeck wegen Verdachts auf versuchten Totschlag.

Auf der website www.mobile-opferberatung.de finden sich weitere Angriffe und eine ausführliche Fassung der Chronik.

WEITERE PROTESTE GEPLANT

Nach 16 Tagen setzten die nunmehr fünf Hungerstreikenden – zwei weitere Flüchtlinge hatten sich angeschlossen – am 22. August ihre Weigerung zu essen aus. Auf Vermittlung der Integrationsbeauftragten des Landes Sachsen-Anhalt waren zuvor Gespräche mit der zuständigen Landkreisverwaltung vereinbart worden, in denen zumindest eine Verbesserung der Wohnsituation und bei der Vergabe von Arbeitserlaubnissen in Aussicht gestellt worden waren.

Entgegen der Zusicherung, „einen Dialog auf Augenhöhe" zu beginnen und schnell konkrete Verbesserungen herbeizuführen, sind Veränderungen weiterhin nicht in Sicht. So wurde einigen Flüchtlinge, obwohl sie mittlerweile einen potenziellen Arbeitgeber gefunden hatten, weiterhin keine Arbeitserlaubnis erteilt. Das vom Landkreis Mitte August als ergänzendes Konzept vorgestellte Wohngruppenprojekt – wonach vier bis sechs Flüchtlinge in drei vom Landkreis angemietete Wohnungen untergebracht werden sollen – bezeichneten die Protestierenden als „Farce". Allein die Zugangsvoraussetzungen hierfür dürften nur wenige erfüllen. Die Flüchtlinge haben angekündigt den Protest fortzusetzen. ■

Zur Unterstützung der Proteste sind dringend Spenden notwendig:
Spendenkonto: Flüchtlingsrat Sachsen-Anhalt e.V.
Sparda Bank Berlin | Kontonummer: 8446270 | BLZ: 120 96597
Verwendungszweck: Refugee Camp BTF

PROTESTAKTION GEGEN „RACIAL PROFILING" GESTARTET

Mit der im Juli begonnenen Aktion „Racial Profiling kostet" geht die Kampagne „Stoppt Racial Profiling" der Initiative Schwarzer Deutscher (ISD), der Kampagne gegen rassistische Polizeigewalt (KOP) und weiterer Initiativen in die nächste Runde. Die Initiator_innen wollen damit Betroffene sowie Zeug_innen unterstützen, handlungsfähig zu werden und zugleich Racial Profiling als strukturelles Problem sichtbar machen.

Im Dezember 2010 ist ein Student der Universität Kassel im Zug unterwegs, um seine Eltern in Frankfurt am Main zu besuchen, als der Schwarze Deutsche unvermittelt von zwei Beamten der Bundespolizei aufgefordert wird, seine Ausweispapiere auszuhändigen. Weiße Mitreisende interessieren die Polizisten nicht. Der Student, der solche Situationen schon häufig erlebt hat, weigert sich. Daraufhin durchsuchen die Polizisten seinen Rucksack. Als sie dort keine Ausweispapiere finden, muss der Betroffene zur Dienststelle mitkommen. Dort wird seine Identität geklärt.

DISKRIMINIERENDE POLIZEILICHE PRAXIS

Diese Situation ist nur ein Beispiel für Racial Profiling, eine polizeiliche Praxis, Personen ohne konkreten Anlass aufgrund äußerlicher Merkmale – wie etwa Hautfarbe – Maßnahmen wie Identitätskontrollen oder Durchsuchungen zu unterziehen. In diesem Fall bezweifelten die Beamten, dass sich der Schwarze Student legal in der BRD aufhält. Dies ist nicht nur diskriminierend gegenüber dem Betroffenen. Es kann die Umstehenden in ihren rassistischen Stereotypen bestärken – zum Beispiel darin, dass die deutsche Staatsangehörigkeit an eine weiße Hautfarbe gekoppelt sei.

Obwohl die Bundespolizei nach eigenen Angaben seit 2005 jährlich zwischen 300.000 und 580.000 verdachtsunabhängige Personenkontrollen durchführt, wird Racial Profiling von offizieller Seite geleugnet. So antwortete die Bundesregierung im August 2011 auf eine Kleine Anfrage von Bündnis 90/Die Grünen, eine von Herkunft und ähnlichen Merkmalen abhängige Ungleichbehandlung sei im Bundespolizeigesetz und weiteren Vorschriften nicht enthalten.

Demgegenüber zeigte das Deutsche Institut für Menschenrechte in seiner im Juni diesen Jahres herausgegebenen Studie auf, dass die entsprechenden gesetzlichen Grundlagen diskriminierende Kontrollen bedingen und grund- und menschenrechtlich nicht haltbar sind. Die Bundesregierung steht deshalb schon länger in der Kritik internationaler und europäischer Menschenrechtsgremien.

„STOPPT RACIAL PROFILING!"

Die im April vergangenen Jahres gestartete Kampagne ist eine Antwort auf die Entscheidung des Verwaltungsgerichts Koblenz vom Februar 2012, die Klage des Kasseler Studenten gegen das Vorgehen der Bundespolizei abzuweisen, womit es zugleich Personenkontrollen aufgrund der Hautfarbe legitimierte. Innerhalb von drei Monaten beteiligten sich knapp 16.000 Menschen an einer beim Deutschen Bundestag eingereichten, gleichlautenden Petition. Im Oktober 2012 gab das Oberverwaltungsgericht Rheinland-Pfalz dem 26-Jährigen Recht und stufte die Maßnahme als grundgesetzwidrig ein.

Mit der aktuellen Initiative soll es Betroffenen rassistischer Kontrollen erleichtert werden, sich dagegen zu wehren. Dazu gibt es für Betroffene und Zeug_innen auf **www.stoppt-racial-profiling.de** eine Beschwerdevorlage, die u.a. die Forderung eines angemessenen Schmerzensgeldes von mindestens 100 Euro enthält. Zur Dokumentation sollte eine Kopie des Briefes an ISD oder KOP geschickt werden. Damit hoffen die Initiativen, den Druck auf Bundespolizei und Gesetzgeber zur Abschaffung der entsprechenden gesetzlichen Grundlagen weiter zu erhöhen sowie die Einrichtung unabhängiger Meldestellen für polizeiliches Fehlverhalten zu befördern.

SOLIDARITÄT HILFT

Unbürokratische Hilfe stellt der „Opferfonds für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt in Sachsen-Anhalt" bei Miteinander e.V. zur Verfügung, der nach dem rassistischen Mord an dem ehemaligen mosambikanischen Vertragsarbeiter Alberto Adriano im Stadtpark von Dessau im Juni 2000 ins Leben gerufen wurde. Seitdem erhielten hunderte Betroffene unterschiedliche Summen, um die materiellen und immateriellen Angriffsfolgen zu bewältigen.

Damit der Opferfonds weiterhin unbürokratisch helfen kann, brauchen wir Ihre und Eure Hilfe.

Spenden sind steuerlich absetzbar.

Konto:
Miteinander e.V.
Stichwort: Opferfonds
Bank für Sozialwirtschaft Magdeburg
Konto-Nr.: 53 53 53
BLZ: 810 205 00

BUCHTIPP:

15 JAHRE OPFERPERSPEKTIVE

1998 wurde die Opferperspektive e.V. in Brandenburg gegründet. Nicht zuletzt ihrer Arbeit ist es zu verdanken, dass ab 2001 in allen anderen östlichen Bundesländern und Berlin Beratungsprojekte für Betroffene rechter und rassistischer Gewalt aufgebaut werden konnten. Davor lag ein Jahrzehnt eines weder in Ost noch West gekannten Ausmaßes rechter Gewalt: Hoyerswerda, Rostock, Solingen wurden zum Symbol des neuen Nationalismus in Deutschland. 15 Jahre später blicken Mitarbeiter_innen der Opferperspektive, Betroffene, Kooperationspartner_innen und Aktivist_innen zurück. Auf knapp 400 Seiten werden Erfolge und Misserfolge reflektiert, die Erfahrungen und Erkenntnisse aus der Zeit aufbereitet. ■ Das Buch ist ein politisches und ein Fachbuch zugleich, zurückblickend und aktuell. Denn das Ausmaß rechter Gewalt ist noch immer unerträglich. Unterteilt in vier Bereiche werden in stilistisch unterschiedlichen Beiträgen sowohl rechte Gewalt in Brandenburg wie auch die eigene Arbeit sowie deren Weiterentwicklung beleuchtet. Denn für Betroffene rechter Angriffe ist die Gewalt oft nur ein Aspekt in einem Gesamtbild von Rassismuserfahrungen. Außerdem wird die zunehmend öffentlich diskutierte rechte Gewalt in Westdeutschland thematisiert, ebenso wie die dort fehlende Versorgung mit Beratungsstellen, die Betroffene unterstützen und politisch gegen Rassismus und rechte Hegemonien intervenieren. ■ Nicht nur zum Jubiläum ihrer weiterhin notwenigen gesellschaftlichen Arbeit, auch zu diesem gelungenen Buch der Opferperspektive herzlichen Glückwunsch!

Opferperspektive e.V. (Hrsg.): Rassistische Diskriminierung und rechte Gewalt.
An der Seite von Betroffenen beraten, informieren, intervenieren. Westfälisches Dampfboot, ISBN 978-3-89691-947-2. Euro 19,90.

TIPP: ZUGANG ZUM ARBEITSMARKT ERLEICHTERT

Bereits am 1. Juli 2013 trat eine Änderung der Beschäftigungsverordnung in Kraft, nach der alle Menschen mit einer Aufenthaltserlaubnis aus politischen, völkerrechtlichen oder humanitären Gründen ohne Zustimmung der Arbeitsagentur arbeiten dürfen. Durch eine Änderung im Asylverfahrensgesetz dürfen zudem Personen mit einer Aufenthaltsgestattung ebenfalls seit Juli eine Berufsausbildung in einem staatlich anerkannten oder vergleichbar geregelten Ausbildungsberuf ohne Vorrangprüfung der Arbeitsagentur machen. Dies gilt nach dem grundsätzlichen Beschäftigungsverbot (momentan ein Jahr, demnächst auf neun Monate verkürzt). ■ Durch eine Änderung im Aufenthaltsgesetz werden ab dem 1. Dezember 2013 zudem Personen mit einer Aufenthaltserlaubnis aus familiären Gründen einen unbeschränkten Zugang zum Arbeitsmarkt haben, sie können dann selbständig oder unselbständig erwerbstätig sein.

Weitere Informationen im Leitfaden der Flüchtlingsinitiative Niedersachsen unter: http://azf2.de/wp-content/uploads/2013/08/Redaer-Arbeitsmarkt-Fassg-23-08-2013.pdf

Mobile **Beratung**
für Opfer rechter Gewalt

- Wir unterstützen Betroffene nach einem rassistischen, rechten oder antisemitischen Angriff.
- Wir sind unabhängig und parteilich.
- Wir beraten kostenlos vor Ort und auf Wunsch anonym: Betroffene rechter Gewalt und Freund_innen, Angehörige und Zeug_innen.
- Wir intervenieren, wenn sich Betroffene rechter Gewalt alleine gelassen fühlen.

SALZWEDEL
Chüdenstr. 4
29410 Salzwedel
Tel.: (03901) 30 64 31
mobil: (0170) 2 90 41 12
oder (0175) 6 63 87 10
opferberatung.nord@miteinander-ev.de

MAGDEBURG
Erich-Weinert-Str. 30
39104 Magdeburg
Tel.: (0391) 5 44 67 10
mobil: (0170) 2 94 83 52
oder (0170) 2 92 53 61
opferberatung.mitte@miteinander-ev.de

HALLE
Platanenstr. 9
06114 Halle
Tel.: (0345) 2 26 71 00
mobil: (0170) 2 94 84 13,
(0151) 53 31 88 24 oder (0175) 1 62 27 12
opferberatung.sued@miteinander-ev.de